

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Gerd Mannes

Abg. Jenny Schack

Abg. Martin Stümpfig

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Markus Saller

Abg. Florian von Brunn

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)

**Deindustrialisierung durch CO₂-Emissionshandel und Energiewende verhindern
- Chemische Industrie in Bayern erhalten! (Drs. 19/8492)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Gerd Mannes.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter Mannes, Sie haben das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Klimaideologie

(Zurufe von der SPD)

ist ein politisches Attentat

(Johannes Becher (GRÜNE): Bingo! Jawohl! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bingo!)

auf unsere heimische Industrie.

(Zurufe)

– Natürlich ist es so!

(Zuruf von den GRÜNEN: Das haben wir schon tausendmal gehört!)

Der CO₂-Emissionshandel – –

(Unruhe)

– Hören Sie zu! Sie können nachher etwas sagen. – Der CO₂-Emissionshandel ist der Sargnagel unserer Wirtschaftskraft. Das ist wirklich so; nichts anderes.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt sage ich Ihnen etwas: Ihr grüner Fanatismus zerstört unseren Wohlstand und gefährdet unsere Zukunft. So sieht es aus. Die Energiewende ist für unseren Industriestandort wirklich zu einer schweren Belastungsprobe geworden. Ich sage Ihnen auch, warum.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Die Nettoinvestitionen in Deutschland – Sie können das in der Presse heute lesen – sind auf dem tiefsten Stand seit 1990, und das alles wegen unfähiger Regierungen. Aber die AfD wird Ihre Fehler korrigieren

(Zuruf von der CSU)

und den Klimawahnsinn beenden. Das werden wir hinbekommen.

(Beifall bei der AfD)

Ich sage es noch einmal. Die Liste Ihres Totalversagens ist lang. Der europäische Emissionshandel, die nationale CO₂-Bepreisung, der Atomausstieg und der Verzicht auf – Herr von Brunn, hören Sie genau zu – die bewährte Gasinfrastruktur, und damit meine ich auch Nord Stream: Diese historischen Fehlentscheidungen haben zu einer Explosion der Energiepreise geführt.

Damit sind Sie alle verantwortlich für den Niedergang der Chemieindustrie, den wir momentan erleben. Unter solchen Rahmenbedingungen kann kein Chemieunternehmen überleben. Ich nenne Beispiele. Der Industriestrompreis ist bis zu dreimal höher als in den USA. Prozesswärme kostet fast bis zum Vierfachen. Was ist die Folge? – Die chemischen Anlagen sind nur noch zu 70 % ausgelastet. Das liegt unterhalb der Schwelle der Rentabilität.

Das alles ist existenzgefährdend, und das schlägt sich natürlich auch auf die Beschäftigung durch. Wacker Chemie streicht 1.500 Stellen. Bayer hat 12 % der Stellen abgebaut. Bei BASF waren es sogar 15 % in Deutschland. Laut einer Verbandsumfrage in der Chemie will jedes fünfte Unternehmen die Produktion ins Ausland verlagern oder stilllegen.

Der Hauptgrund für diese verheerende Bilanz ist – ich sage es noch einmal – die Klimaideologie. Deshalb fordert die AfD den sofortigen Ausstieg aus dieser CO₂-Ideologie. Schluss mit dem Emissionshandel, der Abzocksteuer und diesen Klimavorschriften. Weg damit! Dieser planwirtschaftliche Irrsinn muss einfach restlos entsorgt werden, auch der Emissionshandel: Dieses Handelssystem ist einfach grundfalsch angelegt. Unternehmen müssen sinnlos Zertifikate kaufen und sind dann im globalen Wettbewerb einfach stark benachteiligt. Dieser Irrsinn führt nicht zu Einsparungen bei den globalen Emissionen, wie Sie immer behaupten und denken, sondern führt nur zu einer Abwanderung der Wertschöpfung ins Ausland.

Niemand rettet die Welt mit dieser CO₂-Luftsteuer. Ich habe es gerade gesagt; die Wertschöpfung geht einfach weg. Sie zerstören damit nur die Chemieindustrie, weil Sie hier Produktionskosten künstlich verteuern und wir dann nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Es gibt auch keinen Markt für diese sogenannte grüne Chemie. Das gibt es nicht. So können unsere Unternehmen den globalen Wettbewerb einfach nicht bestehen. Was wir brauchen – und zwar sofort –, ist eine 180-Grad-Wende. Sonst stehen wir wirklich vor einer volkswirtschaftlichen Katastrophe.

Die Zahlen: Im Chemie- und Pharmabereich haben wir derzeit noch 500.000 Beschäftigte. An jedem Arbeitsplatz hängen aber noch ein paar weitere Stellen in der Logistik, bei Zulieferbetrieben und Dienstleistern. Wer die heimische Chemie zerstört, macht Millionen von Menschen arbeitslos.

Ich sage Ihnen noch etwas. Bei diesen Einnahmen von der CO₂-Steuer denkt man immer, da käme so viel rein. Nein, mit diesen Geldern, die die Unternehmen bezahlen

und die wir hier einnehmen, deckt man noch nicht einmal die Arbeitslosigkeit, die in der Chemieindustrie entsteht. So schaut das aus.

Wir von der AfD wollen dieser Entwicklung nicht tatenlos zuschauen. Schluss mit diesem CO₂-Irrsinn! Wir wollen damit einfach Schluss machen. Wer die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer eigenen Industrie sabotiert, verrät doch die Interessen der eigenen Bevölkerung.

Noch einmal kurz zusammengefasst: Wir fordern ein sofortiges Ende dieses ganzen Klimairrsinns, dieser ganzen Klimagesetzgebung. Wir müssen die Chemieindustrie als wettbewerbsfähige Industrie hier erhalten, und das geht nur ohne die CO₂-Steuer für unsere Industrie.

Sehen Sie es bitte endlich ein: Wir müssen die Energiewende rückabwickeln. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Stimmen Sie für zukunftsfähige Standortbedingungen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion die Kollegin Jenny Schack. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Jenny Schack (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD gibt heute vor, dass sie die chemische Industrie schützen möchte.

(Zuruf von der AfD: Das machen wir auch!)

Der Witz dabei ist: Sie will das gar nicht; sie hat nämlich selbst Ja zum Emissionshandel gesagt. Das können Sie nachlesen. Ich weiß also nicht, wen die AfD da beschützen will, aber die chemische Industrie will das auf jeden Fall nicht.

Natürlich fordert die Chemieindustrie weniger Bürokratie, einen verlässlichen Carbon-Leakage-Schutz und natürlich einen berechenbaren CO₂-Preis. Sie fordert aber nirgends, dass das ganze System jetzt quasi mit einem Handstreich abgeschafft werden

soll. Das ist zumindest das, was im AfD-Antrag steht, und das ist in jedem einzelnen Punkt nachzulesen.

Die Chemie will reformieren. Die AfD will zerstören, und sie will alles streichen. Wer etablierte Instrumente und Energiegesetze einfach streichen will, sorgt aber nicht für Entlastung, wie man jetzt vielleicht gehört hat, dass es so sein sollte, sondern sie sorgt eben für Unsicherheit in der chemischen Industrie. Gerade Chemieunternehmen planen in langen Zyklen. Sie investieren heute in Anlagen, die über Jahrzehnte laufen sollen. Würden wir jetzt, wie das Herr Kollege Mannes tut, sagen, CO₂, das kommt alles weg, dann würde morgen niemand mehr wissen, welche Regeln in fünf und in zehn Jahren gelten werden und ob sich Investitionen in die Prozesse der Zukunft überhaupt noch lohnen.

Das Emissionshandelssystem ist kein Detail, das man so einfach nebenbei ausknipsen kann, wie das die AfD gerne hätte. Es ist ein zentrales marktwirtschaftliches Instrument. Was heißt Emissionshandel? – Das bedeutet, Unternehmen bekommen ein bestimmtes Budget an CO₂ und zwar in Form von Zertifikaten. Wer seine Emissionen mit vertretbarem Aufwand senkt, braucht weniger Zertifikate. Er kann dann Zertifikate abgeben. Wer noch nicht so weit ist, muss Zertifikate zukaufen. Die Unternehmen entscheiden dann selbst, mit welcher Technologie sie dieses Budget einhalten. Das bedeutet Freiheit für die Unternehmen.

Würden wir dieses Emissionshandelssystem abschaffen, verschwinden die vorgegebenen Klimaziele nicht einfach; denn sie stehen im europäischen und nationalen Recht, und sie bleiben verbindlich. Was wäre also die Konsequenz? – Chaos. Ohne EU-ETS müssten diese Ziele durch andere Mittel erreicht werden, zum Beispiel durch ganz strenge Verbote, mehr Verbote, mehr Detailvorgaben und mehr Förderprogramme, die wiederum im Einzelnen ausgestaltet werden müssten. Was die AfD hier fordert, bedeutet also nicht: Abschaffen – dann ist alles gut. Die AfD fordert im Prinzip mehr Vorgaben und mehr Details. Unabhängig davon, dass dies zu einem Chaos

führen würde, würden die Unternehmen dadurch noch mehr belastet. Die würden sich dann schön bedanken.

Für die Unternehmen würde es also nicht einfacher, sondern unübersichtlicher. Am Ende würde es für die Staaten in der EU und die Steuerzahler teurer und nicht mehr nachvollziehbar.

Herr Mannes, was ist Ihr zentraler Kritikpunkt? – Ich habe versucht, das aus Ihrer Rede herauszuhören. Ich habe heute bei einem chemischen Unternehmen bei mir zu Hause angerufen. Dort wurde mir gesagt, dass man das Gefühl habe, übervorteilt zu werden. Das bedeutet, unsere Industrie zahlt CO₂-Preise, die beispielsweise der asiatische Mitbewerber so nicht kennt.

(Zurufe von der AfD: Ah!)

– Oh, jetzt zeige ich auch schon den Mannes-Finger. Um Gottes Willen! – Am Ende steht dann Carbon Leakage, also die Verlagerung von Produktionen und Emissionen ins Ausland. Die EU ist hier aber dran. Auf europäischer Ebene wird dieses Risiko vor allem auf drei Ebenen angegangen, nämlich über kostenlose Zuteilungen für besonders betroffene Branchen, über die Carbon-Leakage-Liste und über den neuen CO₂-Grenzausgleich. Dieser gilt seit diesem Jahr übrigens vollständig. Das bedeutet nichts anderes, als dass Importe aus Drittstaaten, zum Beispiel aus dem asiatischen Raum, mit einem vergleichbaren CO₂-Preis belegt werden.

Ja, die Energiepreise waren und sind hoch. Der Haupttreiber der extremen Preisspitzen war jedoch der fossile Gaspreisschock infolge der globalen Energiekrise und des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, nicht das Emissionshandelssystem.

Herr Mannes, noch ein Wort zu Ihrem Wunsch, weiterhin Gaslieferungen aus Russland zu beziehen, den Sie in Ihrem Antrag formuliert haben. Ich mache es kurz: Diese einseitige Abhängigkeit hat uns erst in diese Krise geführt. Wir haben uns aus dieser Abhängigkeit sukzessive herausgearbeitet. Eine solche Abhängigkeit wollen wir

nie wieder haben. In diese Abhängigkeit zurückzukehren, wäre sicherheitspolitisch unverantwortlich und wirtschaftspolitisch kurzsichtig.

Meine Damen und Herren, die chemische Industrie ist energieintensiv, sie ist rohstoffintensiv und sie steht im globalen Wettbewerb. Sie muss ihre Prozesse grundlegend umbauen. Sie braucht aber vor allem eines: Sie braucht Stabilität statt Chaos. Chaos wäre jedoch die Konsequenz aus diesem AfD-Antrag. Noch einmal: Die Probleme der Chemieindustrie sind real. Wir müssen natürlich im Einzelnen prüfen, was wir besser machen können, zum Beispiel die Einführung niedrigerer Netzentgelte. Das sind die Hebel, über die wir reden müssen.

Mit dem vorliegenden Antrag macht es sich die AfD jedoch sehr einfach. Die AfD sagt, der Emissionshandel und der CO₂-Preis müssten weg. Das klingt so schön simpel und einfach, funktioniert aber leider nicht. Dadurch würden neue rechtliche Konflikte mit der EU und wirtschaftliche Unsicherheiten für die Unternehmen entstehen. Außerdem würde das eine sicherheitspolitische Rückwärtsrolle in alte Abhängigkeiten bedeuten, die wir definitiv nicht wollen.

Dieser Antrag schützt die Industrie nicht, sondern gefährdet ihre Zukunft. Er stellt marktwirtschaftliche Instrumente infrage, ohne tragfähige Alternativen zu bieten. Für uns ist daher klar: Diesem Antrag werden wir natürlich nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, zu einer Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Abgeordneten Gerd Mannes das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Fakt ist, die Nettoinvestitionen befinden sich auf dem tiefsten Stand seit 1990. Das ist dramatisch. Noch einmal zur Erinnerung: Die Gaslieferungen wurden damals von Schröder/Fischer eingefädelt, und Frau Merkel hat sie ausgebaut. Warum haben wir diese Gaslieferungen gebraucht? – Weil Deutschland von der

Kernkraft weggegangen ist. Ich wollte Ihnen das noch einmal erklären, weil Sie das anscheinend nicht verstanden haben.

Jenny Schack (CSU): Es ist lieb, dass Sie mir etwas erklären wollen.

(Michael Hofmann (CSU): Oberlehrer!)

Gerd Mannes (AfD): Jetzt komme ich zu meiner Frage: Sie haben gesagt, das mit dem CO₂ sei alles toll; die Unternehmen würden die Zertifikate ersteigern. – Das ist einfach teuer. Weil das Ihr Chef, der Herr Söder, auch weiß, forderte er am 5. März die Aussetzung der CO₂-Abgabe. Darüber wurde sowohl auf Bundesebene als auch in Brüssel debattiert. Dort haben die Italiener einen entsprechenden Vorstoß gemacht. Jetzt widersprechen Sie Herrn Söder. Können Sie mir einmal sagen, wofür die CSU steht? Wollen Sie diese Steuer, wollen Sie sie aussetzen, oder wollen Sie alles so durchziehen? Das würde mich einfach mal interessieren.

Jenny Schack (CSU): Herr Mannes, das ist großartig. Sie wollen etwas abschaffen, schreiben aber nicht in Ihrem Antrag, welche Alternativen es gibt und wie das funktionieren soll. Sonst haben Sie immer wunderschöne Antworten. Wissen Sie was? – Sie können Herrn Söder direkt fragen, wenn Sie das möchten. Sie haben immer die Möglichkeit, ihm eine kleine WhatsApp zu schreiben.

(Gerd Mannes (AfD): Ich habe seine Nummer nicht! – Michael Hofmann (CSU):
Er wird schon wissen, warum!)

– Das tut mir so leid. Dann müssen Sie sich einmal mit ihm ins Benehmen setzen. Unabhängig davon: Das Gas aus Russland war nicht billig, weder in menschlicher noch in politischer Hinsicht. Es hat uns einen hohen Preis gekostet. Es hat uns nicht nur in eine energiepolitische Krise gestürzt, sondern es hat Europa menschlich und politisch den höchsten Preis abgefordert.

(Zuruf des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD))

– Reden Sie mir doch nicht rein! Sie sind doch jetzt überhaupt nicht dran, Herr Mannes! Sie müssen immer alle mit Ihrem Mannes-Finger belehren! Sie müssen immer allen oberlehrerhaft sagen, was Sie meinen und was Sie besser wissen!

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie alles so viel besser wissen, dann schreiben Sie das doch in Ihre Anträge rein, statt immer alles wegzuwischen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU):
Sehr gut!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In ihrem Antrag fordert die AfD unter anderem, alle Gesetze und Regulierungen, die dem Ziel dienen, CO₂ zu reduzieren, ersatzlos zu streichen.

Diesen Antrag werden wir aus folgenden Gründen ablehnen: Gestern hat die Weltorganisation für Meteorologie, die WMO, ihren Jahresbericht vorgestellt. Darin haben 193 Länder die Erfahrungen ihrer Wetterdienste eingebracht, auch der Deutsche Wetterdienst war dabei. In diesen Bericht sind Hunderttausende von Werten eingeflossen. Dieser Bericht kommt zu einem ganz klaren Fazit: Unser Planet heizt sich immer mehr und immer schneller auf.

Seit zwei Millionen Jahren waren die CO₂-Konzentrationen in der Atmosphäre noch nie so hoch wie jetzt. Seit zwei Millionen Jahren gab es noch nie eine so hohe Beschleunigung beim Anstieg der CO₂-Konzentrationen. Die Weltmeere haben sich in den letzten zwanzig Jahren doppelt so schnell erwärmt wie im Zeitraum davor. Hier sehen wir eine klare Linie. Da gibt es keine Zuckungen: Es geht immer weiter nach oben. Jahr für Jahr heizt sich unser Planet weiter auf. Das Energieungleichgewicht,

also die Strahlungsmenge, die reingeht und die rausgeht, wird immer größer. Das bedeutet, unter dieser Glocke, unter der Treibhauskuppel, wird es immer wärmer.

Mich erschrecken diese Berichte massiv. Der Bericht sagt: In den vergangenen zehn Jahren haben wetterbedingte Katastrophen dazu geführt, dass 250 Millionen Menschen gezwungen waren, ihre Häuser zu verlassen. Wenn wir die Politik der AfD hier nur teilweise umsetzen würden, hätten wir Hunderte Millionen Klimaflüchtlinge und deswegen Hunderte Millionen zusätzliche Migranten. Das wäre das Fazit Ihrer Politik, und dazu sagen wir ganz klar: nein.

Ich möchte noch ein oder zwei Punkte weiter ausführen. Ich empfehle Ihnen allen im Hohen Haus, einen Blick in diesen Bericht zu werfen. Es sind nur 40 Seiten, in einer guten Stunde kann man dem Text das Wichtigste entnehmen. Gemäß dem Bericht waren die letzten elf Jahre die heißesten, die jemals gemessen wurden.

(Widerspruch bei der AfD)

Wenn sich etwas elfmal nacheinander wiederholt, kann man nicht mehr von Zufall sprechen. Und es ist keine Zeit, jetzt zu sagen: Wir verwässern unser eh schon verwässertes Klimaschutzgesetz noch einmal und nehmen die Ziele zurück. Das ist wirklich ein Aufruf zum Handeln. Es ist jetzt endlich an der Zeit, Klimaschutz zu betreiben.

Ich blicke jetzt in die Richtung der CSU und der FREIEN WÄHLER, ob sie solche Mahnungen endlich verstehen und solche Berichte zum Anlass nehmen, um die Abhängigkeit, in der wir uns in Bezug auf die fossilen Brennstoffe befinden, die uns destabilisiert, die das Klima destabilisiert und die die globale Sicherheit destabilisiert, endlich zu beenden und dreifach auf Sicherheit zu setzen: auf Klimasicherheit, Energiesicherheit und nationale Sicherheit, von der wir alle profitieren können und müssen. Jetzt hat die Stunde dafür geschlagen, und ich fordere Sie – die Staatsregierung, die CSU und die FREIEN WÄHLER – dazu auf, hier im Hohen Hause endlich anzu-

packen. Es ist allerhöchste Zeit. Es ist nicht mehr fünf vor zwölf, sondern schon zwölf Uhr.

(Widerspruch bei der AfD)

Deswegen brauchen wir jetzt sofort Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich Herrn Abgeordneten Mannes für die AfD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Herr Stümpfig, ich finde es schlimm, wie Sie den Menschen Angst machen. Ich habe zwei Fragen: Die erste Frage bezieht sich auf einen Artikel im Magazin "Der Spiegel". Dort stand: Vor 100.000 Jahren gab es Ausgrabungen in England. Festgestellt wurde, dass vor 100.000 Jahren Krokodile und Nilpferde die Themse hochgeschwommen sind. Wie war das vor 100.000 Jahren möglich, wenn Sie sagen, dass es seit zwei Millionen Jahren wärmer wird? Die zweite Frage konnte Ihre Kollegin Frau Weber nicht beantworten. Deswegen frage ich Sie noch einmal. Jürgen Trittin hat gesagt, die Energiewende kostet jeden eine Kugel Eis. Jetzt hat die Energiewende 500 Milliarden Euro gekostet. Wie viele Kugeln Eis wären das?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Mannes, Sie erzählen von irgendwelchen Krokodilen, die irgendwelche Flüsse hinaufschwimmen.

(Widerspruch bei der AfD)

Ich würde Ihnen empfehlen, die Seite der WMO zu besuchen. Der Bericht ist gestern veröffentlicht worden. Der Bericht erscheint jedes Jahr. Werfen Sie einen Blick hinein. In einer halben Stunde haben Sie das Wichtigste erfasst. Dann sehen Sie, dass 193 Länder ihre Daten gebündelt haben. Sie müssen nicht irgendetwas von Krokodilen erzählen, die irgendwo Flüsse hinaufschwimmen, sondern können ohne irgendwel-

che Scheuklappen, ohne Klimaideologie die Fakten und Messwerte lesen und dadurch sehen: Jahr für Jahr wird es immer wärmer und wärmer, und die Probleme werden immer mehr. Das ist meine Antwort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Markus Saller.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, beim Ziel sind wir uns weitgehend einig: starke Industrie, sichere Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit. Das wollen wir, glaube ich, alle erhalten. Richtig ist, die chemische Industrie steckt in einer Krise. Diese Krise ist nicht unbedingt nur hausgemacht, sondern sie hängt auch mit politischen Rahmenbedingungen zusammen.

Die AfD fordert jetzt die vollständige Abschaffung des europäischen Emissionshandels, der CO₂-Bepreisung und praktisch aller energie- und klimapolitischen Regelungen. Das ist aus meiner Sicht nicht nur radikal, es ist auch wirtschaftspolitisch falsch. Der europäische Emissionshandel muss nämlich kein Irrweg sein. Vernünftig eingesetzt kann dieses Instrument Klimaschutz und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit miteinander verbinden. Wichtig ist, stets im Auge zu haben, dass dies über marktwirtschaftliche Anreize, nicht jedoch per Verbot oder Planwirtschaft funktioniert. Das ist eine gewisse Gratwanderung, und ich habe manchmal auch das Gefühl, dass wir im Zusammenhang ein bisschen übersteuert haben. Wir sehen das zum Beispiel am strikten und – aus meiner Sicht – nach wie vor falschen Verbrennerverbot.

Der Emissionshandel soll dafür sorgen, dass CO₂ dort eingespart wird, wo es am effizientesten ist. Meine Damen und Herren, natürlich sehen wir die Herausforderungen der Industrie, insbesondere der chemischen Industrie und der Pharmaindustrie; aber auch bei mir hat sich bisher noch kein Vertreter der chemischen Industrie über den Emissionshandel beklagt. Dagegen werden generell hohe Energiepreise, internationa-

ler Wettbewerbsdruck, hohe Unternehmensteuern, ausufernde Lohnnebenkosten und eben sehr viel Bürokratie beklagt.

Ihre Antwort darauf kann doch nicht im Ernst lauten, alle umwelt- und klimapolitischen Instrumente über Bord zu werfen. Ich bin der Meinung, man muss über sinnvolle Anpassungen reden. Man sollte sich vielleicht mit Jahreszahlen nicht zu sehr unter Druck setzen, sondern so viel wie möglich unternehmen, dabei technologieoffen und auf Innovation bedacht bleiben und aus wirtschaftlicher Vernunft handeln. Genau diesen Ansatz verfolgen wir bei der Weiterentwicklung des Gebäudeenergiegesetzes, das Sie in Ihrem Antrag ebenfalls verbraten. Dies bedeutet: weg von kleinteiligen Vorgaben, hin zu mehr Flexibilität, mehr Praxisnähe und mehr Technologieoffenheit. Aus unserer Sicht ist das der richtige Weg, nämlich keine Ideologie, sondern Pragmatismus.

Weiter fordern Sie, bei der Energieversorgung alle Lieferquellen ohne Einschränkung zu nutzen. Meine Damen und Herren, die Realität ist eine andere: Wir bewegen uns in einem globalen Energiemarkt mit politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen. Wir müssen Entwicklungen wie internationale Konflikte genau beobachten; aber verantwortungsvolle Energiepolitik bedeutet eben auch Diversifizierung, Resilienz und Verlässlichkeit. Energiepolitisch fehlt es aus meiner Sicht derzeit auch in Deutschland an einer Vision. Wir müssen uns überlegen, wie wir die angegangene Energiewende jetzt zu Ende denken. Daran muss gearbeitet werden, und die Leute müssen wieder mitgenommen werden.

Ihr Antrag zeichnet ein einfaches Bild: alles abschaffen, dann wird es schon besser. So funktioniert Wirtschaftspolitik nach unserer Auffassung nicht. Wir brauchen keine einfachen Antworten, sondern wir brauchen marktwirtschaftlich tragfähige, technologieoffene Lösungen mit Augenmaß. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich Herrn Abgeordneten Mannes für die AfD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Danke für die Ausführungen; aber so richtig zufrieden bin ich nicht. Vielleicht wissen Sie es: Ich war selbst Werksleiter im Chemiebereich, und wir hatten asiatische, US-amerikanische und brasilianische Wettbewerber. Es ist festzustellen, dass die Energie ein wichtiger Kostenfaktor ist, und sie ist teuer. Wir müssen in Deutschland viel höhere Preise zahlen. Das hat verschiedene Gründe, unter anderem natürlich die CO₂-Zertifikate.

Wie kann ein Unternehmen marktwirtschaftlich bestehen, das sich mit Chinesen messen muss, die diese Aufschläge nicht bezahlen müssen? Wie soll das gehen? Erklären Sie mir das. Wie kann ein deutsches Unternehmen, das auf dem Weltmarkt mit knappen Margen kalkulieren muss, mit chinesischen oder US-amerikanischen Unternehmen konkurrieren? Das haben Sie nicht erklären können, und das frage ich Sie. Das wäre ein Baustein: Die Energiepreise für diese Unternehmen müssen sinken. Ich glaube, darüber sind wir uns einig; aber wie soll das denn erreicht werden?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Herr Mannes, nur so viel dazu: Wenn Sie die CO₂-Bepreisung weglassen, dann bleibt der Energiepreis nach wie vor hoch. Wir müssen viel tiefer ansetzen. Wir müssen aus meiner Sicht die Energiewende – das habe ich, glaube ich, sehr deutlich angesprochen – weiterdenken. Wir werden in Zukunft nicht weniger, sondern viel mehr Energie brauchen. Das heißt, die grundlegende Haltung, auf Energieknappheit zu setzen, war aus meiner Sicht verkehrt. Wir werden umdenken müssen. Das ist relativ sicher. Im Übrigen muss ich Ihnen sagen: Ich bin nicht in dieses Parlament gewählt worden, um Sie zufriedenzustellen. Das ist nicht mein Auftrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Florian von Brunn das Wort. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Es ist interessant, mit welchen absurden Begründungen die AfD die Wirtschaftskrise erklärt, die wir im Moment haben. Wenn man so danebenliegt und gleichzeitig mit einer solchen präpotenten Rechthaberei auftritt wie Herr Mannes, dann weiß ich nicht, ob das wirklich sympathisch ist. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Ich glaube, es ist das Gegenteil von sympathisch. Aber das muss er mit sich selbst ausmachen.

Die Wirtschaft ist in die Krise gerutscht, weil wir einen Doppelschlag erlitten haben: 2020 die Corona-Krise und 2022 Putins Angriffskrieg,

(Zurufe von der AfD: Ah!)

also den Krieg Ihres Freundes gegen die Ukraine, mit der daraus resultierenden Energiepreisexplosion. Ich darf noch einmal daran erinnern, wer den Gashahn zuge dreht hat:

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Das war Wladimir Putin. Dass wir jetzt hohe Energiepreise haben, nachdem wir in hohem Maße von russischem Gas abhängig waren, verwundert vor diesem Hintergrund nicht. Aber eine Partei, die Corona leugnet, Impfungen bekämpft hat und den Klimawandel leugnet, kann man sowieso nicht ernst nehmen. Vielleicht wird irgendwann einmal ein Impfstoff für mehr Rationalität und gegen Leugnung offenkundiger Tatsachen erfunden.

(Heiterkeit der Abgeordneten Sabine Gross (SPD))

Dann sollten wir für Sie eine Impfpflicht verhängen. Davon bin ich dann überzeugt.

(Lachen bei der AfD)

In der jetzigen Krise sagt die Wirtschaft zu Recht, dass die Energiepreise sinken müssen und die Bürokratie reduziert werden muss. Wir haben deswegen einen Industriestrompreis eingeführt, der durch die EU-Regulierung nicht so greift, wie er greifen sollte.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Entschuldigung, Herr Kollege. Lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Florian von Brunn (SPD): Nein; denn Herr Mannes hat sich hier schon ausreichend produziert und uns so viel Zeit gestohlen, dass man – –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die Meldung zu einer Zwischenfrage kam von Herrn Köhler. In Ordnung.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Florian von Brunn (SPD): Es ist austauschbar bei Ihnen.

(Heiterkeit bei der SPD, der CSU und den GRÜNEN)

Es gibt reale Hintergründe wie Energiepreise und Bürokratiekosten. Aber wenn wir es so machen würden, wie Sie es vorschlagen, würden wir wirtschaftlich absteigen; denn China legt bezüglich grüner Technologie wahnsinnig vor. China hat 2024 so viel Photovoltaik zugebaut wie der gesamte Rest der Welt, die Hälfte aller Windkraftanlagen installiert und seine Ausbauziel bei erneuerbaren Energien sechs Jahre früher erreicht. Die Chinesen wollten ihr Ausbauziel ursprünglich 2030 erreichen, haben es aber bereits 2024 erreicht. Sie fahren mit Elektroautos Gewinne ein. Wenn es nach Ihnen geht, sollen wir zum Verbrenner zurückkehren. Das erinnert mich an Wilhelm II., der auch einmal gesagt hat: "Ich glaube an das Pferd, das Automobil ist eine vorübergehende Erscheinung." Die gleiche Mentalität vertritt die AfD. Das kann keine Lösung für Deutschland sein, für ein Land, das immer noch jede achte Klimatechnik liefert, die auf der Welt installiert wird. Das würde uns sehr viele Arbeitsplätze kosten.

Die chemische Industrie will gar nicht von Ihnen vertreten werden. Sie kennen sicher das Zitat von Wolfgang Große Entrup, dem Hauptgeschäftsführer des Verbands der chemischen Industrie:

"Die hohen Energiepreise oder die Schlingen einer überbordenden Bürokratie sind eine Gefahr für den Standort Deutschland. Noch schlimmer ist das schleichende Gift der angeblichen Alternative für Deutschland."

Die chemische Industrie will von Ihnen nicht vertreten werden.

(Zuruf von der AfD: Die Arbeiter schon!)

Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD: Die Arbeiter schon!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Der Antrag ist abgelehnt.